



# SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

P/XI/54 - 5. März 1956  
Hinweise  
auf den Inhalt:

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170  
Fernsprecher 2 18 31-33  
Fernschreiber 039 890

Zu den Landtagswahlen in Baden-Württemberg	S. 1
Der neue Sekretär der Sozialistischen Internationale - Bjarne Braatoy	S. 3
Wem dient die "Staatsbürgerliche Vereinigung e.V. Köln" ?	S. 4
Gesellschaft für europäische Neuordnung - Internationale Faschistenvereinigung	S. 6
Zum Tode Eduard Weckerle's	S. 8

## Bezeichnendes Ergebnis

sp.- Die Wahlen in Baden-Württemberg haben das Bild bestätigt, das sich in allen Länder-Wahlen seit 1953 abzeichnete: Starke Stimmenverluste der CDU, ein kräftiges Aufholen der SPD, Gewinne auch der FDP und ein mehr oder weniger stabiler BHE, dem weder Abspaltung in der Führungsspitze nennenswert zu schaden, noch Injektionspritzen merklich zu nützen vermögen.

Im Vergleich zu den Bundestagswahlen hat die CDU in Baden-Württemberg fast eine halbe Million Stimmen verloren, ihr Prozentsatz sank von 52,4 % auf 42,6 %. Dies ist, auch wenn man die im Vergleich zum 6. September 1953 geringere Wahlbeteiligung berücksichtigt, ein Verlust, der durch keine Schönfärberei verdeckt werden kann. Der schwindende Mythos des Bundeskanzlers ist erneut sehr deutlich geworden. Die CDU selbst liebt es und ist auch diesmal wieder so verfahren, jeweils die letzten Landtagswahlen zum Vergleich heranzuziehen, um auf ihre Weise den Eindruck einer aufstrebenden Partei zu erwecken. Aber der gültige Maßstab bleibt der 6. September 1953, aus doppeltem Grunde: Man muss nun einmal, ob das bequem ist oder nicht, die jüngste Vergleichszahl heranziehen und ausserdem sind, darüber herrscht in allen Parteien Einigkeit, die Landtagswahlen in Baden-Württemberg in besonders betonter Weise als ein Test für das politische Kräfteverhältnis in der Bundesrepublik anzusehen. Auch der Bundeskanzler hat sie in einem Flugblatt ausdrücklich als

"Testwahlen" bezeichnet.

Bei der Betrachtung des Ergebnisses muss man gegenüber den meisten vorangegangenen Wahlen einen grundsätzlichen Unterschied machen. Lange Jahre wurden automatisch sozialdemokratische Stimmen auf der einen "bürgerlichen" Stimmen auf der anderen Seite gegenübergestellt. Das ist heute nicht mehr so ohne weiteres möglich. Im "bürgerlichen" Lager, das lange Zeit identisch war mit dem Lager der Bundeskoalition, sind echte politische Gegensätze entstanden, die jenes starre Schema aufgebrochen haben. Der Ausgangspunkt dafür war die Entwicklung in Düsseldorf, die bis zum Bruch zwischen CDU und FDP auf Bundesebene geführt hat. Wie werden der FDP ihre Spaltung in der Bundestagsfraktion und ihre in aller Öffentlichkeit ausgetragenen parteiinternen Gegensätze bekommen? Auf diese Frage konzentrierte sich das politische Interesse vor den Wahlen im Süd-West-Staat.

Die Antwort ist unmissverständlich gegeben worden. Die Wähler der FDP zeigten mehr Standfestigkeit und eine grössere Treue zu ihrer Partei als die vier Minister und die übrigen 12 Abgeordneten im Bundestag. Es hat sich gezeigt, dass der "Aufstand" in Düsseldorf durchaus nicht nur eine "Revolte machthungriger junger Leute" war, sondern dass ihm das Denken der Wähler selbst entsprach. Die Hoffnung der CDU, die Krise in der FDP werde sich durch einen Stimmenschwund auswirken, hat getrogen, so wie das auch in kleinerem Maßstab beim BHE der Fall war, wo der Abfall der Kraft-Oberländer-Gruppe der Partei an sich keinen Abbruch zum konnte. So gesehen hat es politisch durchaus seinen Sinn, dem CDU-Verlust von 10 % seit der Bundestagswahl von 1953 den Gewinn von 11 % gegenüberzustellen, den die übrigen Parteien, die zu ihr auf Bundesebene in Opposition stehen, erzielt haben.

Und noch eines ist zu bedenken. Von allen technischen Feinessen, von den verschiedenen möglichen Formen der Anwendung des Mehrheitswahlrechtes abgesehen, hat auch Baden-Württemberg wieder einen neuen Beweis für die Fragwürdigkeit gerade dieses Prinzips der Übertragung des Wählerwillens auf die Zusammensetzung der Legislative und damit auch der Exekutive erbracht. Der Teil des baden-württembergischen Wahlgesetzes, der dem Gedanken des Mehrheitswahlrechtes diene, hat in den 70 Wahlkreisen der CDU 48, der SPD 20 und der FDP ganze 2 Sitze gebracht. Hätte man hier auf den Ausgleich durch den Proporz verzichtet, wäre eine groteske Verfälschung des Wählerwillens entstanden. Die CDU hätte mit 42,6 % also noch lange nicht der Hälfte der Stimmen, mehr als zwei Drittel erhalten, während 51,8 % der Wähler sich mit weniger als einem Drittel, genau mit 22 Mandaten hätten begnügen müssen. Das Beispiel zeigt erneut, wie ungeheuer wachsam man bei der Festsetzung des Wahlrechtes für die Bundestagswahl im Jahre 1957 wird sein müssen.

+ + +

In der Neuen und in der Alten Welt zu Hause

Zum Sekretär der Sozialistischen Internationale wurde in Zürich Bjarne Braatoy gewählt. Er wird damit Nachfolger von Julius Brauntal, der demnächst sein Amt wegen Erreichung der Altersgrenze - Brauntal ist 65 Jahre alt - niederlegt. Über den Lebenslauf Braatoys unterrichten in Umrissen die folgenden Daten:

Geboren 20. Januar 1900 in Kilaca in Minneapolis in den USA, Schule in Minneapolis und Boston, Besuch der Universitäten in Oslo, Berlin und Paris, sowie der Fakultät für Wirtschaft und Staatswissenschaften an der Londoner Universität. Dort Dr.-Grad.

Mitarbeiter auf zahlreichen Gewerkschafts- und sozialistischen Tagungen in ganz Europa während der Jahre von 1923 - 1940. Bürochef der Zweiten Internationale in Zürich 1928 bis 1931. Studium der internationalen Beziehungen und journalistische Tätigkeit in London 1931 bis 1940. Vorträge, vor allem über den Rundfunk (BBC), in Mittel-, West- und Nord-Europa.

1940 - 1948 in New York, Washington und anderen Städten der USA.

In dieser Zeit Abteilungsleiter bei der norwegischen Schifffahrts- und Handelskommission in New York, Vorsitz im interalliierten Informationskomitee und später Abteilungsleiter im Kriegs-Informations-Ministerium.

Professor an dem bekannten Quäker-College in Haverford; in Pennsylvania, wo er Seminar-Übungen über politische und soziale Fragen im Zusammenhang mit der Atomentwicklung abhielt (1947). Vortragereisen für die Gesellschaft zum Studium der Außenpolitik.

1948-1952 in Europa leitender Berater in der amerikanischen Verwaltung für verschleppte Personen in Österreich und Bayern.

1952-1955 Berater beim Vorstand der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands Bonn.

+

Veröffentlichungen:

Arbeiterbewegung und Kriegsverhütung, London, 1934.

Die Aufgabe der internationalen Arbeiterbewegung, London, 1935.

Ein Wirtschafts-Völkerbund (Schrift über die Notwendigkeit der wirtschaftlichen Ausgestaltung des Völkerbundes) Oslo, 1937.

Britische Außenpolitik, Stockholm, 1937.

Das neue Schweden (über die demokratische Revolution Schweden) London - New York, 1939.

Verschiedentliche grundlegende Veröffentlichungen über den Marshall-Plan, zuletzt in "Geist und Tat": Wie der Marshall-Plan zustande kam.

In Vorbereitung ein Buch über deutsche Politik. + + + - 4 -

### Überflüssige Verschleierung

W.P. Die Bundesregierung hat dem Bundesrat den Entwurf einer Verordnung zugeleitet, die vorsieht, dass Spenden an eine "Staatsbürgerliche Vereinigung e.V. Köln" im Sinne des § 10 des Einkommensteuergesetzes rückwirkend ab 1955 steuerfrei sind. Zum ersten Mal wird damit von einer Möglichkeit Gebrauch gemacht, die die Durchführungsverordnung zum Einkommensteuergesetz vom 21.12.1955 vorsieht. Der § 49 dieser Durchführungsverordnung bestimmt nämlich, welche Ausgaben zur Förderung staatspolitischer Zwecke von der Steuer abgezogen werden können. Danach sind nicht nur Spenden an politische Parteien abzugsfähig - vorausgesetzt, dass die Parteien mindestens in einem Parlament, sei es im Bund oder in den Ländern vertreten sind, - sondern auch an Vereinigungen, "die nach ihrer Satzung und tatsächlichen Geschäftsführung ausschliesslich staatspolitischen Zwecken dienen" und deren Mittel für politische Parteien verwendet werden. Daneben sieht der § 49 in Ziff. 3 aber auch vor, dass Spenden an solche Vereinigungen steuerfrei sind, die von der Bundesregierung mit Zustimmung des Bundesrates bestimmt worden sind. Mit dem Entwurf der Bundesregierung wird nun klar, an welche Institutionen dabei gedacht ist.

Denn die "Staatsbürgerliche Vereinigung e.V. Köln" ist kein gewöhnlicher Verein. Hinter dem harmlos erscheinenden Namen verbirgt sich der "Bundesverband der Deutschen Industrie", der seinen Sitz bekanntlich ebenfalls in Köln hat. So gehören der Vereinigung u.a. der Präsident des BDI, Fritz Berg, sowie der Freund und Berater des Bundeskanzlers, der Bankier Robert Pferdenges, sogar persönlich an, ein Beweis für die Bedeutung, die dieser selbst von dem mächtigen Industrieverband eingeräumt wird. Auch die übrigen Gründungsmitglieder der "Staatsbürgerlichen Vereinigung" sind fast ausschliesslich in irgendeiner Weise mit dem BDI verbunden. Ihrem geschäftsführenden Vorstand gehört z.B. neben Dr. Fritz Spennrath (ADG-Berlin), Vorstandsmitglied des BDI, auch der stellvertretende Hauptgeschäftsführer des BDI, Rechtsanwalt Gustav Stein, an; genannt werden ferner der Sekretär von Dr. Pferdenges, Graf Strasoldi, sowie interessanterweise auch der Leiter der Verbindungsstelle Bonn des BDI, Bernd Tönnessen, der vor einigen Monaten vor Gericht die Aussage verweigert hatte, als er gefragt wurde, an welche Stelle er die von ihm angekauften gefälsch-

ten Dokumente über die Finanzierungsmethoden der SPD weitergegeben habe, die dann im August 1953 im CDU-Informationsdienst veröffentlicht wurden.

Es dürfte kaum ein Zweifel bestehen, dass die genannten Persönlichkeiten die "Staatsbürgerliche Vereinigung e.V.Köln" nicht als Privatpersonen gegründet haben, sondern als Beauftragte ihrer Organisation.

#### Ein Finanzierungsinstitut der Industrie

Der Zweck der Vereinigung ist laut Satzung die "Förderung des demokratischen Staatswesens in der Bundesrepublik", sowie die Verteidigung und Festigung der persönlichen und politischen Grundrechte. Ferner wird eine Zusammenarbeit mit Vereinigungen und Gruppen angestrebt, "die gleichartige Ziele verfolgen". Die Mitgliedschaft können Privatpersonen, aber auch Organisationen erwerben. Es muss ein Eintrittsgeld und ein monatlicher Mitgliedsbeitrag entrichtet werden, dessen Höhe jährlich festgesetzt wird. Der Verein ist berechtigt und darauf abgestellt, Spenden entgegenzunehmen. Was mit den eingehenden Beiträgen und Spenden geschehen soll, wie sie Verwendung finden sollen, davon ist in der Satzung allerdings kein Wort gesagt.

Überhaupt sind die Aufgaben, die der Verein sich stellt, ziemlich allgemein formuliert. So allgemein, dass der Bundesrat für seine Entscheidung möglicherweise weiterer Informationen bedürfen wird, als die Bundesregierung in Gestalt einer Vereinssatzung bisher vorgelegt hat. Beweismaterials, dass die "Staatsbürgerliche Vereinigung e.V.Köln" tatsächlich eine "juristische Person" darstellt, "die nach ihrer Satzung und tatsächlichen Geschäftsführung ausschließlich allgemeinen staatspolitischen Zwecken" dient.

Die Geheimnistuerei wird verständlicher, erinnert man sich der Meldungen der letzten Tage, der FDP sei wegen ihres eigenmächtigen Handelns in Nordrhein-Westfalen "der Geldhahn abgedreht" worden. Dies würde im Grunde bedeuten, dass jetzt die CDU nur allein noch das Vertrauen der Industriemanager besitzt. Auch die Schaffung einer Tarnorganisation auf dem Verordnungswege kann diesen peinlichen Eindruck nicht verwischen.

Nichts anderes dürfte nämlich die "Staatsbürgerliche Vereinigung"

darstellen. Sie ist im Jahre 1954 gegründet worden, als die Regierungsparteien gegen die Stimmen der SPD-Fraktion die Steuerfreiheit für Spenden an politische Parteien beschloss, und stellt eine aktualisierte Form der Förderungsgesellschaften der Wirtschaft dar, die heute nur auf Länderebene noch Bedeutung haben. Die ihr auf dem Verordnungswege zu verschaffende Anerkennung stellt demnach praktisch ein Stück Wahlkampfzubereitung für 1957 dar, ohne dass dies der Öffentlichkeit recht zum Bewusstsein gekommen wäre.

+ + +

#### Sammlung der ewig Gestrigen

R.A.-Die Europäische Verbindungsstelle der "Gesellschaft für europäische Neuordnung" beabsichtigt, den diesjährigen Kongress dieser internationalen Faschistenvereinigung in Köln durchzuführen. Träger der Veranstaltung soll die "Nationale Jugendbewegung Wiking-Jugend" sein. Die Wiking-Jugend, vertreten durch Raoul Wehrath, Köln, Melatengürtel 78, hat vorgeschlagen, den Kongress Anfang Juni durchzuführen. Diese rechtsextreme Jugendbewegung gehört der "Europäischen Verbindungsstelle" an.

Ein weiteres Glied der internationalen Faschistenbewegung ist der Deutsche Block, welcher in der Bundesrepublik seinen Schwerpunkt in Lübeck hat. Der Deutsche Block hatte es 1954 übernommen, durch seine Geschäftsstelle in Lübeck einen Kongress der internationalen Rechtsextremen zu veranstalten. Auf Drängen des DGB und der SPD war dieser Kongress damals durch die schleswig-holsteinische Landesregierung verboten worden. In der europäischen Verbindungsstelle wird der Block durch Max Herzog in Brombach bei Lörrach vertreten.

Die Tatsache, dass sowohl der Deutsche Block als auch die Wiking-Jugend als einzige Organisation in der Bundesrepublik der europäischen Verbindungsstelle angehören, hat deren 2. Sekretär André M. Kruit schriftlich mitgeteilt. 1. Sekretär ist ein G. A. Amedruz. Im Dezember verlegte die Verbindungsstelle ihren Sitz von Lausanne (Schweiz) nach Amsterdam (Pays-Bas) Bos 178. Wie aus den von dort versandten Unterlagen

hervorgeht, haben inzwischen vier europäische Kongresse dieser Rechts-  
extremen stattgefunden. Der erste fand in der Zeit vom 22. bis 25.  
Oktober 1950 in Rom, der zweite vom 12. bis 14. Mai 1951 in Malmö und  
der dritte vom 2. bis 4. Januar 1953 in Paris statt. Der vierte mußte  
vom 7. bis 9. Oktober 1954 in Brüssel stattfinden, weil der ursprüng-  
liche Tagungsort Lübeck wegen des Verbotes nicht aufgesucht werden  
konnte.

Von den einzelnen Kongressen der europäischen Verbindungsstelle  
werden auch die Beratungsergebnisse mitgeteilt. Im Protokoll des Mal-  
möer Kongresses heisst es: "Das in den meisten europäischen Ländern  
heute herrschende System ist unfähig, die materiellen und moralischen  
Kräfte wiederherzustellen, die aus Europa einen Faktor der Weltpoli-  
tik machen könnten..." Als Entschliessung des Pariser Kongresses wird  
die Aufhebung der Nürnberger Urteile verlangt. Weiter heisst es: "Die  
Nationalisten dürfen auch nicht vergessen, dass die westlichen Allii-  
erten sich seit zehn Jahren durch ihre Grausamkeit, ihre Verräterei  
und ihre Dummheit verherrlicht haben. . . Die gegenwärtigen Führer  
sind unsere Feinde. Wir müssen sie ohne Mitleid bekämpfen, und alles  
tun, um ihren Sturz zu beschleunigen".

Die europäische Verbindungsstelle der Rechtsradikalen führt  
auch regionale Treffen durch. So fand am 11. September 1955 in Malmö  
ein Nordischer Appell statt, an dem nach einem Bericht des Kopenhäge-  
ner "Actuell Service" der schleswig-holsteinische Vorsitzende der  
Vereinigung ehemaliger Internierter und Entnazifizierungsgeschädigter,  
Ernst Hansen, teilgenommen haben soll. Träger des Appells waren der  
Dänische Frontkämpferbund und die Schwedische Nationale Freiheitsbe-  
wegung. In Malmö soll der Ausspruch gefallen sein: "Wir lehnen es ab,  
die Schweine des 20. Juli als Helden zu betrachten".

Die Verbindungsstelle verteilt an ihre Mitglieder Publikationen  
mit äusserst antikommunistischem Charakter. Die Verlagsbezeichnung  
lautet "Le Blanc Publications P.O. Box 254 Wall Street Station -  
New York 5, N.Y." In den Kreisen dieser rechtsradikalen Bewegung kur-  
siert auch der im Dürerverlag zu Buenos Aires erscheinende "Weg", wo-  
bei nicht feststeht, ob er über Amsterdam verteilt wird. Im "Weg" wird

geschrieben: "In allen Ländern Westeuropas sind die wirklich ehrlichen Freunde des deutschen Volkes eine niedergehaltene Opposition: Ob die Bewegung Sir Oswald Mosleys in England, die Kreise um Maurice Bardèche und seine wertvollen Mitkämpfer in Frankreich, das MSI in Italien, oder die tapferen und treuen Kräfte in den Niederlanden, in Schweden und Dänemark oder in der Schweiz, die im Kriege auf unserer Seite standen. Überall regieren dagegen diejenigen Kräfte, die im Kriege mit dem Kommunismus verbunden waren."

André M. Kruit besitzt Ausreiseverbot der holländischen Behörden und hat keinen Pass. Er wollte Anfang Februar in Hannover. Die deutschen Verfassungsschutzämter waren benachrichtigt. Kruit kehrte wohlbehalten nach Amsterdam zurück.

+ + +

Trauer um einen Sozialisten und Demokraten

sp.- Der Schweizer Gewerkschaftsbund, und mit ihm die Internationale Gewerkschaftsbewegung, hat mit dem Ableben des Redakteurs der "Gewerkschaftskorrespondenz" des Schweizer Gewerkschaftsbundes, Eduard Weckerle, einen schweren Verlust erlitten. Mit den Schweizer Gewerkschaften und Sozialisten trauern auch die deutschen Gewerkschaften und Sozialdemokraten um einen ihrer besten Vertreter, der im März 1933 von Hitler in die Schweiz vertrieben wurde.

Eduard Weckerle war im badischen Schopfheim beheimatet und wurde am 9. Juli 1890 in Basel geboren. Nach einer kaufmännischen Lehre war er als Auslandskorrespondent in Griechenland und Sizilien tätig und während des ersten Weltkrieges Dolmetscher in der Nachrichtenabteilung der Obersten Heeresleitung.

Seine politische Tätigkeit begann in der Nachkriegszeit als Privatsekretär Kurt Eisners und Gustav Landauers. Nach der Ermordung Eisners durch die Faschisten übernahm Weckerle die Redaktion des Mannheimer USP-Organs und leitete später den Pressedienst der Unabhängigen Sozialdemokraten in Berlin. Nach 1922 trat er in die Dienste des Internationalen Gewerkschaftsbundes und später der Internationalen Transportarbeiterföderation in Amsterdam. Hier war er der besondere Vertraute Edo Fimmen's. Vom Jahre 1928 ab war er Redakteur der Chemnitzer "Volkestimme" und seit 1931 freier Journalist in Berlin.

Im März 1933 emigrierte er in die Schweiz, wo er zunächst als freier Journalist tätig war und später in einer Arbeitskompanie interniert wurde. Im Jahre 1947 berief ihn der Schweizer Gewerkschaftsbund als Redakteur in die "Gewerkschaftskorrespondenz", die er bis zu seinem Ableben verantwortlich leitete.

Die Schweizer "Gewerkschaftskorrespondenz" bezeugt anlässlich seines Ablebens die grosse Sorge Weckerles, um die Entwicklung seiner deutschen Heimat und seinen Kampf um die demokratischen Einrichtungen, die ihm zum Lebenswerk geworden waren. Soweit sich Weckerle durch seine biographischen Arbeiten sowie durch seine Bücher über die Gewerkschaftsbewegung nicht selbst ein bleibendes Denkmal schuf, wird ihm seine Tätigkeit auch in der deutschen Gewerkschaftsbewegung ein ehrendes Andenken bewahren.

+ + +

Verantwortlich: Peter Raunau